



von Alexis Tsipras

18.03.2017: Dass sich die Europäische Union heute in einer politischen Krise befindet, ist nichts, was uns erschrecken oder überraschen sollte. In den letzten Jahren wurde das europäische Gebäude durch zwei Krisen, nämlich die Wirtschafts- und die Flüchtlingskrise, auf eine harte Probe gestellt, und die Schlussfolgerungen sind ganz und gar nicht ermutigend.

Die Politik der Austerität und der strikten Haushaltszwänge hat immer größer werdende Distanzen und Geschwindigkeiten unter den europäischen Volkswirtschaften hervorgerufen und das Problem des sozialen Zusammenhalts sogar noch verschärft. Auf der anderen Seite hat die Flüchtlingskrise den fremdenfeindlichen Tendenzen und dem EU-Skeptizismus in der konservativen Gesellschaft erneuten Aufschwung verliehen, den politischen Rechtspopulismus gestärkt und – natürlich - die Einheit, den Zusammenhalt und das Ansehen der Union sowie die Umsetzung gemeinsamer Verpflichtungen und Entscheidungen herausgefordert.

Die ökonomische und geopolitische Unsicherheit wird sowohl durch die Auswirkungen des Brexit als auch durch die unklaren Verhältnisse, die durch die Entwicklungen auf der anderen Seite des Atlantiks entstehen, verstärkt. Gleichzeitig schaffen im laufenden Jahr kritische Wahlen in den großen europäischen Ländern, in denen der politische Einfluss nicht nur des EU-Skeptizismus, sondern des EU-Negativismus rasch zunimmt, ein Klima der wachsenden Besorgnis, nicht nur hinsichtlich der Zukunft und des Charakters, sondern hinsichtlich der Existenz der Union selbst.

In diesem Zusammenhang ist es legitim, den Dialog zu eröffnen und mit Tapferkeit Entscheidungen zu treffen. Das Schlimmste, was wir tun können, ist zu glauben, dass nicht wir blind segeln, sondern dass uns die Küste irreleitet. Die Debatte steht natürlich erst am Anfang, angesichts der gegebenen Umstände jedoch wird sie erwartungsgemäß schnell vorankommen.

Es ist wäre daher besonders konstruktiv, wenn alle Beteiligten direkt und ehrlich formulierten, was sie im Sinn haben. Die Mitgliedstaaten sollten der Debatte Impulse geben, indem sie die Regeln, Grenzen und Inhalte, die die Zukunft Europas charakterisieren werden, genau definieren, um dem europäischen Besitzstand keinen erneuten Rückschlag zu versetzen und um jede Möglichkeit einer faktischen Aufteilung des vereinten Europas auszuschließen.

Europäische Integration hat Dynamik und Inhalt verloren

Auf der anderen Seite wäre es im bestehenden Kräfteverhältnis von entscheidender Bedeutung, nicht nur richtige, sondern auch realistische und machbare Entscheidungen zu treffen. Und dies betrifft nicht nur die politischen Beziehungen, sondern die Beziehungen von 27 Ländern untereinander, und zwar mit unterschiedlichen Prioritäten, unterschiedlichen wirtschaftlichen Möglichkeiten und verschiedener politischer Kultur.

Angesichts dieser Situation und des bestehenden Kräfteverhältnisses ist es klar, dass das Bekenntnis der Mitgliedsstaaten zur einer "immer engeren Union" ihre Dynamik und ihren Inhalt verloren hat. Stattdessen scheint sich der Trend zu einem Europa "nach Wahl" durchzusetzen. Das heißt, zu einem Europa "à la carte", aus dem jeder versucht, die maximalen Vorteile zu ziehen, am Binnenmarkt, an den Strukturfonds und am Kohäsionsfonds teilzunehmen, ein Europa, zu dem aber ansonsten jeder nur sehr selektiv etwas beiträgt.

Das haben wir in aller Klarheit an den Flüchtlingen gesehen: die Weigerung einiger Staaten, die für alle verbindliche Umsiedelung zu implementieren, und sich stattdessen hinter Zäunen und geschlossenen Grenzen zu verbarrikadieren. Diese Praxis birgt die Gefahr, dass die Europäische Union zu einer Zone freier Handels-Transaktionen verkommt. Die Untergrabung der Solidarität zwischen den Partnern ist ein alarmierendes Zeichen für das Niveau und die Qualität des europäischen Zusammenhalts. Ebenso beunruhigend ist in vielen Ländern die sich abzeichnende Erstarkung der extremen Rechten und des Isolationismus, wie die große Vertrauenskrise breiter gesellschaftlicher Gruppen gegenüber dem europäischen Modell bestätigt.



die Antwort? Ist ein "Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten"

Aber ist die Antwort auf diese scheinbare Schwäche ein "Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten"? Wir sollten sorgfältig nachdenken, bevor wir diese Frage beantworten.

Bergsteiger sind beim Klettern durch ein Seil miteinander verbunden, das es ihnen ermöglicht, sich mit gleichmäßiger Geschwindigkeit zu bewegen. Wenn diese Verbindung aufgehoben wird, entstehen neue Rahmenbedingungen, und unterschiedliche Geschwindigkeiten werden möglich. Je nach Kraft und Fähigkeiten steht es jedem einzelnen frei, in Kontakt mit der Gruppe der Stärksten zu bleiben oder allein zu gehen, in welche Richtung er auch immer denkt. Das bedeutet jedoch keineswegs mehr Freiheit. Das bedeutet lediglich, dass die Stärkeren nicht mehr für die Schwächeren haften müssen. Es ist offensichtlich, dass ein solches Modell, wonach die Starken die Regeln für sich selbst festlegen und jeder frei ist, ihnen zu folgen oder aber unterzugehen, nicht akzeptiert werden kann. Weder für die Gesellschaften noch als Aussicht auf die europäische Zukunft.

Andererseits, wenn wir uns vorstellen, dass wir alle auf einem Schiff sind, das mit immer der gleichen Geschwindigkeit fährt, geht es ebenso wenig, denn manche wollen in ihren Kabinen bleiben und ihre Türen vor denjenigen verschließen, die an Bord kommen wollen.

Wenn wir also eine Neudefinition der aktuellen Situation brauchen, ist es besser, nicht von einem "Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten", sondern von einem "Europa der vielfältigen Möglichkeiten" zu sprechen. Wenn Europa in den kommenden Tagen "denjenigen, die mehr wollen", die Möglichkeit geben will, "mehr zu tun" und nach differenzierten Integrationsgraden suchen will, so sollte dies unter bestimmten Bedingungen möglich sein, nämlich unter Bedingungen, die die offene, demokratische und kohärente Natur der Union gewährleisten.

Europa der vielfältigen Möglichkeiten

Was bedeutet das in der Praxis?

Es bedeutet erstens, dass jede Diskussion in diese Richtung - und umso mehr jede Entscheidung - im Rahmen der Verträge, der Regeln und der Verfahren, die derzeit in der Europäischen Union gelten, erfolgen muss, und auf der Grundlage dessen, was im Vertrag von Lissabon vorgesehen ist, der heute die "Verfassung" der EU ist.

Es bedeutet zweitens, dass die weitere Vertiefung in bestimmten Bereichen der Politik vom aktuellen Niveau der verstärkten Zusammenarbeit ausgehen sollte, wo dieses existiert, und nicht einen Schritt rückwärts machen sollte. Das soll heißen, jeden Gedanken an eine Störung bereits vertiefter Zusammenarbeit der bestehenden Institutionen, wie die der Eurozone und des Schengen-Raums, aufzugeben.

Es bedeutet drittens, dass wir jegliche Idee von einem "geschlossenen Verein der Mächtigen", der seine eigenen internen Regeln habe und von dem jeder Dritte ausgeschlossen werde, aufgeben sollten, ebenso wie die Idee eines "harten Kerns innerhalb der Euro-Zone", um den sich der Rest zwangsläufig wie Satelliten bewegt, aufgegeben werden muss. Jede Ebene der verstärkten Zusammenarbeit sollte für alle Mitgliedstaaten offen und frei zugänglich sein. Punkt!

Es bedeutet viertens, dass wir auch verhindern müssen, dass der europäische politische Zusammenhalt und die Konvergenz geschwächt werden. Dass wir dafür sorgen müssen, dass diese Politik, die dem Grundsatz der Solidarität Wirkung verleiht und ein "Europa der vielfältigen Möglichkeiten" garantiert, nicht eine Verschlechterung und das Ende des heutigen Europas bedeutet.

Griechenland, das sich trotz einiger "Gutwilligen" ganz nah an den Zielen der zweiten Evaluierung, des QE-Programms und der mittelfristigen Maßnahmen zur Schuldentragfähigkeit befindet, kommt nun nach sieben Jahren aus einem langen, dunklen Tunnel. Das griechische Volk hat auf seinem Rücken eine unverhältnismäßig schwere Last im Namen Europas getragen, da wir uns im Fokus der Wirtschafts- und Flüchtlingskrise befanden. Und das Volk hat diese Last getragen, weil man uns zur Wahl gestellt hat, als das Land mit der am weitesten fortgeschrittenen Kernintegration in der Eurozone und im Schengen-Raum zu bleiben. Wir sind daher berechtigt, in der Debatte über die Zukunft Europas eine führende Rolle zu spielen.

Auf jeden Fall muss im Mittelpunkt dieser Debatte eine europäische Strategie stehen, die sich wieder neu auf Wachstum und Solidarität konzentriert. Ansonsten wird die Kluft zwischen den europäischen Institutionen und den europäischen Gesellschaften nicht nur in den wirtschaftlich schwächeren, sondern auch in den wirtschaftlich stärkeren Ländern, kontinuierlich größer.

Das progressive Europa, die Gewerkschaften und die gesellschaftlichen Kräfte, die politischen Räume der Linken,



der Sozialdemokratie und der Ökologie, müssen ebenfalls nach einer neuen Führungsrolle in diesen Entwicklungen Ausschau halten. Sie müssen zusammenarbeiten, und zwar ohne jegliche Art von Egoismus und ohne Vorurteile, für die Schaffung einer progressiven alternativen Agenda für Europa, die die demokratische Mehrheit beanspruchen wird und die die wichtigsten strategischen Ziele der Konsolidierung der Demokratie, der Gewährleistung einer menschenwürdigen Arbeit, der Verteidigung des Wohlfahrtsstaates und der Verringerung der sozialen und regionalen Ungleichheiten verfolgt.

Eine solche Agenda ist die einzige wirkungsvolle Reaktion auf die Kräfte des Rechtspopulismus, des Isolationismus und der Fremdenfeindlichkeit, und damit der einzige Weg, um Europa zusammen zu halten. Der Weg, dem wir folgen müssen, führt zu einem demokratischen und sozialen Europa. Einen anderen "sicheren Korridor" für die Zukunft gibt es nicht.

Quelle: EFSYN.

Der Artikel wurde am 13. März 2017 in der "Zeitung der Redakteure" veröffentlicht.
Übersetzung: Moni Kaki.

Zwischenüberschriften von kommunisten.de

siehe auch

- [Rede von Alexis Tsipras am 23. März in Rom](#)